Opferperspektive
Beratung für Betroffene rechter Gewalt

WAHRGENOMMENE BEDROHUNG BLEIBT HOCH

Leicht sinkende Tendenz bei rechten Gewalttaten im Land Brandenburg

Rückgang registrierter Angriffe – Frauen überdurchschnittlich oft betroffenen – Jede:r dritte Angegriffene minderjährig - Regionale Schwerpunkte: Cottbus, Potsdam, Prenzlau

Im Jahr 2020 verzeichnet die Opferperspektive **130** rechte Gewalttaten (2019: 142) . Ähnlich wie in den Jahren zuvor bleibt Rassismus das häufigste Tatmotiv (**78%**). Nach dem drastischen Anstieg rechter Gewalt in den Jahren 2015 und 2016 ist dies ein weiterer erfreulicher Rückgang der Angriffszahlen, die damit aber immer noch weit über dem Niveau der Jahre 2008-2014 liegen. Der Rückgang registrierter Fälle fällt hinsichtlich der Betroffenen unterschiedlich aus. So ist die Anzahl der Angriffe auf Frauen gestiegen, während Fälle, in denen Kinder und Jugendliche betroffen waren, nur minimal zurück gegangen sind. Somit war ein auffällig großer Teil der direkt von rechter Gewalt betroffenen Personen Frauen (**26%**) und Minderjährige (**32%**). Regionale Schwerpunkte des Angriffsgeschehens waren Cottbus, Potsdam und Prenzlau. Trotz des Rückgangs der Zahlen berichteten Klient:innen der Beratungsstelle wiederholt von einer erhöhten wahrgenommenen Bedrohung, die sich auch auf die Alltagsgestaltung auswirkt. Entscheidende Faktoren sind dabei der rassistische Terroranschlag von Hanau im Februar 2020, die Aufdeckung rechtsterroristischer Anschlagspläne und weitere Waffenfunde in der Prignitz sowie die bekannt gewordenen rechten Feindeslisten. Die COVID19-Pandemie erschwerte im Jahr 2020 die Arbeit der Opferperspektive deutlich. Zeitweise waren der Zugang zu Ratsuchenden sowie die Unterstützungsmöglichkeiten eingeschränkt. Auch die Lebenssituation vieler Klient:innen verschlechterte sich durch die Auswirkungen der Pandemie.

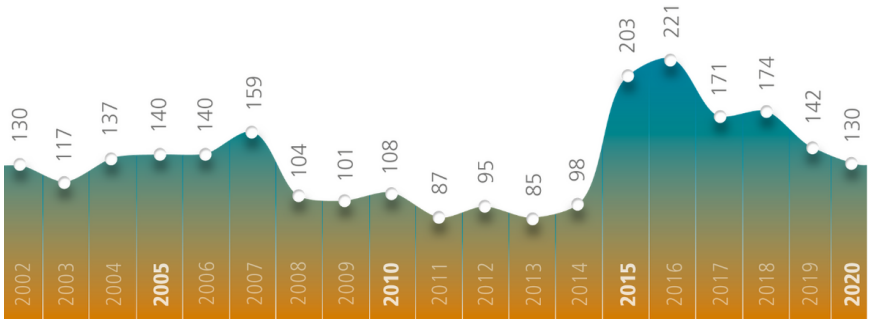

Abb. 1: Rechte Gewalttaten seit 2002.

Tatmotivationen

Wie schon in den Vorjahren macht Rassismus den Großteil der von der Opferperspektive registrierten Gewalttaten aus. **101** Attacken wurden aus einem rassistischen Tatmotiv heraus verübt (2019: 106). Dies ist ein Anteil von 78 Prozent aller 2020 erfassten Taten (2019: 75%) . Rassistische Gewalt ereignete sich in allen Lebensbereichen der Betroffenen: Sei es z.B. auf dem Nachhauseweg oder dem Weg zur Arbeit, beim Sport oder in der Straßenbahn. Soweit die Beratungsstelle davon Kenntnis erlangte, waren Menschen, die durch Rechte als politische Gegner:innen identifiziert wurden, in **10** Fällen von rechter Gewalt betroffen. Eine deutlich geringere Zahl als noch im Jahr zuvor (2019: 17). Weiterhin wurden **6** Angriffe auf nicht-rechte Personen registriert (2019: 6). In **4** Fällen war Antisemitismus das Tatmotiv: **3** dieser Attacken ereigneten sich in der Landeshauptstadt Potsdam (2019: 5). Hinzu kamen **3** Übergriffe, bei denen rechte Täter:innen aus sozialdarwinistischen Motiven handelten (2019: 2) und **3** Angriffe gegen LGBTIQ*-Personen (2019: 3). In die Erfassung wurde „Gewalt im Kontext der Querdenker:innenbewegung“ als neues Tatmotiv aufgenommen. Da antisemitische Verschwörungsideologien und eine enge Vernetzung mit neofaschistischen Strukturen diese Bewegung kennzeichnen, wird Gewalt, die von ihren Anhänger:innen ausgeübt wird, als rechte Gewalt erfasst. Die Opferperspektive registrierte 2020 **2** solcher Fälle.

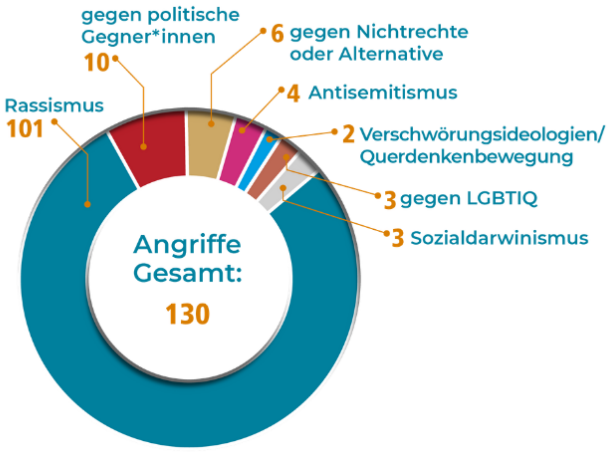

Abb. 2.: Motive der Angriffe im Jahr 2020. 78 % sind rassistisch motiviert.

Tatbestände

Die Zahl der **Nötigungen und Bedrohungen** mit schweren Auswirkungen auf Betroffene blieb 2020 mit **21** (2019: 19) nahezu unverändert. Gleich blieb auch die Zahl massiver **Sachbeschädigungen**: Wie im Vorjahr wurden **4** Fälle gezählt.

Abb. 3: Rechte Angriffe 2020 nach Tatbeständen.

Einfache Körperverletzungen waren wie schon 2019 der häufigste Tatbestand bei rechten Übergriffen im Land Brandenburg. Allerdings ist hier ein deutlicher Rückgang von 68 auf **52** Fälle zu verzeichnen.

Die Zahl **gefährlicher Körperverletzungen** stieg hingegen leicht. **48** solcher Taten registrierte die Beratungsstelle im Jahr 2020 (2019: 43). Bei 21 dieser Gewalttaten kamen Waffen oder gefährliche Gegenstände zum Einsatz.

Im Mai wurde in Wittstock/Dosse ein junger Geflüchteter gambischer Herkunft auf dem Weg zu seiner Ausbildungsstelle durch mehrere Rechte angegriffen, die sich ihm zunächst mit ihrem Auto in den Weg stellten. Einer von ihnen schlug mit einem Baseballschläger auf ihn ein. In einem weiteren Fall im havelländischen Nauen wurden im August zwei Geflüchtete pakistanischer Herkunft durch einen weißen Deutschen rassistisch beleidigt, mit einer Glasflasche beworfen, und mit einer Schreckschusswaffe bedroht und verfolgt. Für beide Betroffenen hatte dies schwerste psychische Folgen. Zudem verfügt einer der Betroffenen über einen unsicheren Aufenthaltsstatus und ist akut von Abschiebung bedroht. Die Opferperspektive setzt sich für ein Bleiberecht des Angegriffenen ein. Eine Abschiebung würde ihm die Möglichkeit nehmen, seine Rechte als Opfer einer Straftat wahrzunehmen. Zudem würde sie wie eine staatliche Bestätigung und Vollstreckung der Ziele des rassistisch motivierten Angreifers wirken.

1 schwere Körperverletzung wurde 2020 registriert (2019: 0).

Im Januar wurde ebenfalls in Nauen ein Mann syrischer Herkunft durch einen Rechten mit einer Waffe attackiert und wurde dabei schwer verletzt.

Im Juli 2020 ereignete sich **1** rassistisch motivierte **Brandstiftung** in Wittstock/Dosse. 2019 erfasste die Opferperspektive zwei solcher Delikte. Sie richtete sich gegen die Privatwohnung eines geflüchteten jungen Mannes.

Die **2** festgestellten **versuchten Tötungsdelikte** (2019: 0) ereigneten sich am 22. Mai in Guben. Die Täter setzten in beiden Fällen ihr Auto als Waffe ein, um Geflüchtete zu überfahren. Die Angegriffenen konnten sich jeweils im letzten Moment retten. Entgegen der Einschätzung der Polizei, die eine rechte Tatmotivation verneint, obwohl die Täter Bezüge zur rechten Szene haben, wertet die Beratungsstelle die Fälle als eindeutig rassistisch motiviert.

Gesondert zu erwähnen sind die durch polizeiliche Ermittlungen bekannt gewordenen Vorbereitungshandlungen **rechtsterroristischer Straftaten** in der Prignitz. Neonazis der vorgeblich aufgelösten Gruppierung „Freie Kräfte Prignitz“ planten Anschläge gegen migrantische Gewerbetreibende und die muslimische Gemeinde in Wittenberge. Bei einer Razzia Anfang Juli wurden Waffen und detaillierte Tatpläne gefunden. Die fortgeschrittene Planung rassistisch motivierter, rechtsterroristischer Anschläge in Brandenburg sorgen für tiefgreifende Verunsicherung bei von rassistischem Terror bedrohten Menschen.

Tatbetroffene

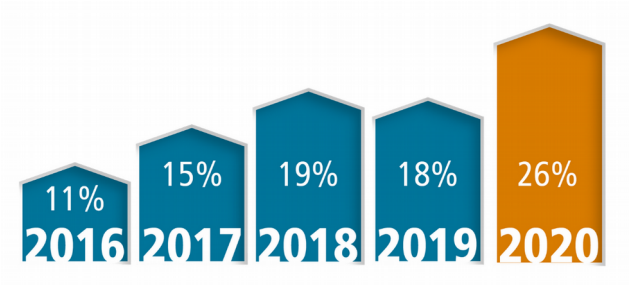

Abb. 4: Von rechter, v.a. rassistischer Gewalt betroffene Frauen.

Im Jahr 2020 waren in Brandenburg mindestens **253** Personen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffenen, **193** von ihnen wurden unmittelbar körperlich angegriffen und verletzt (2019: 283; 242).[1] 26 Prozent der direkt Betroffenen waren weiblich (2019: 18%), dies ist der höchste Wert der vergangenen 5 Jahre. In absoluten Zahlen bedeutet dies: **49** Frauen und

1 Die Opferperspektive unterscheidet zwischen direkt und indirekt Betroffenen rechter Gewalt. Als direkt Betroffene werden unmittelbar geschädigte Personen gezählt. Als indirekt betroffen werden im Rahmen des Monitorings Personen erfasst, die während eines Angriffes anwesend waren, jedoch körperlich nicht attackiert wurden.

Mädchen wurden 2020 in Brandenburg durch rechte Täter:innen angegriffen (2019: 53). Die der Opferperspektive bekannt gewordenen, misogynen rechten Gewalttaten waren in ihrer Mehrzahl rassistisch motiviert und ereigneten sich besonders häufig im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen.

Mehr als jede dritte Person, die Auswirkungen rechter Gewalt (direkt und indirekt) erleben musste, war minderjährig: 39 Prozent der insgesamt von der Opferperspektive registrierten Gewaltbetroffenen haben das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet (2019: 39%, 2018: 20%). Dabei handelt es sich um **72** Jugendliche (2019: 84) und **26** Kinder (2019: 26). Viele der Angriffe ereigneten sich in der Öffentlichkeit. Der Anteil Minderjähriger an der Gesamtzahl der Betroffenen, die direkt körperlich angegriffen und verletzt wurden, liegt bei 32 Prozent (61 Personen). 9 Prozent (18 Personen) befinden sich sogar noch im Kindesalter, sind also jünger als 14 Jahre alt (2019: 9%).

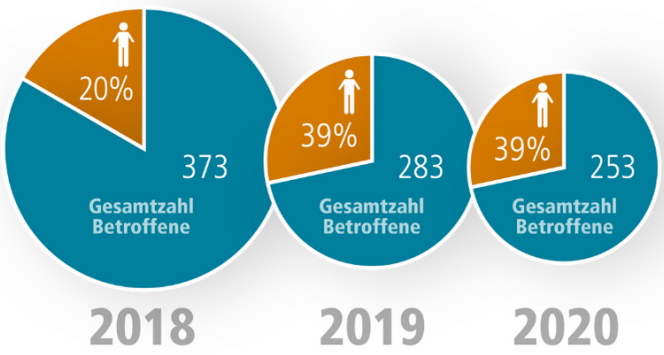

Abb. 5: Von rechter, v.a. rassistischer Gewalt direkt und indirekt betroffene Kinder und Jugendliche.

In Werder (Havel) beleidigten im April zwei deutsche Nachbarn drei tschetschenische Schülerinnen nahe der dortigen Gemeinschaftsunterkunft mit rassistischen und antimuslimischen Beschimpfungen und drohten, ihren Hund auf sie zu hetzen. Zwei jugendliche Bewohner der Unterkunft eilten den bedrohten Schülerinnen zur Hilfe, worauf einer der Angreifer versuchte, einen der Schwarzen Jugendlichen mit einem Messer zu verletzen und ihn dann mit der Faust zu Boden schlug. Die Jugendlichen konnten den Angriff glücklicherweise abwehren, ohne dass es zu schwereren Verletzungen kam.

Regionale Verteilung

Die Landkreise mit den meisten von der Opferperspektive registrierten rechten Angriffen befinden sich auch 2020 in Nordbrandenburg. Erneut stach dabei die Uckermark mit **18** Fällen hervor (2019: 18), womit der relativ dünn besiedelte Landkreis 2020 die mit Abstand höchste Fallzahl aufwies. Die meisten dieser Taten ereigneten sich in Prenzlau. Hier sprang die Zahl rechtsmotivierter Angriffe von 7 auf **12**. Die kreisfreien Städte mit der höchsten Angriffszahl waren Potsdam (2020: **15**; 2019: 18) und Cottbus (2020: **12**; 2019: 14).

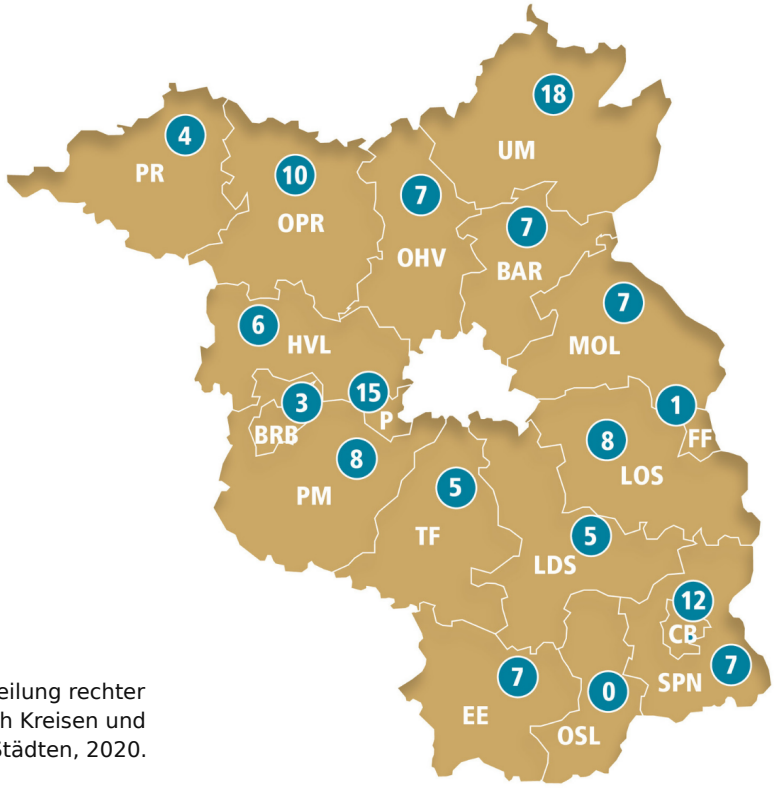

Abb. 5: Verteilung rechter Angriffe nach Kreisen und kreisfreien Städten, 2020.

Die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr gestaltete sich regional sehr unterschiedlich. In den meisten Landkreisen war ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen. Starke Rückgänge waren in Oberhavel (2020: **7**, 2019: 18) und Brandenburg/Havel (2020: **3**, 2019: 7) zu beobachten. Gegen den Trend nahm die Zahl registrierter Fälle in den südlichen Landkreisen Elbe-Elster (2020: **7**, 2019: 1) und Spree-Neiße (2020: **7**, 2019: 2) zu. Das gleiche Bild ergibt sich in Westbrandenburg in den Kreisen Potsdam-Mittelmark (2020: **8**, 2019: 6) und Ostprignitz-Ruppin (2020: **10**, 2019: 5). Im Havelland wurden wie im Vorjahr 6 Angriffe gezählt.

Fünf der sieben im Landkreis Spree-Neiße registrierten Fälle ereigneten sich in Guben, darunter die schon erwähnten Tötungsdelikte. Diese Zahl steht dabei für eine Reihe massiver rassistischer Angriffe. So überfiel am 16. Mai eine Gruppe von etwa 20 jugendlichen Neonazis eine kleine Gruppe von Geflüchteten, die vor ihrer Unterkunft in der Deulowitzer Straße auf der Wiese sitzend den Abend verbrachten. Der Angriff war ein geplanter Überfall. Die Betroffenen mussten ihre teils schweren Verletzungen anschließend im Krankenhaus behandeln lassen. Am 22. Mai versuchten Rechte mit ihrem Auto mehrfach absichtlich Geflüchtete anzufahren. Als Ziel wählten sie ein paar Männer aus Eritrea, die mit dem Fahrrad zum nahe gelegenen Supermarkt unterwegs waren. Die Angriffe hätten tödlich enden können. Die betroffenen Geflüchteten konnten im letzten Moment zur Seite springen und sich im Anschluss in ihre Unterkunft retten. Generell beschreiben Geflüchtete, die in einer Sammelunterkunft in der Stadt leben, die Situation vor Ort als unerträglich. Fast täglich kommt es dort ihren Schilderungen nach zu rassistischen Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen. Bereits seit Jahren wird der Opferperspektive spezifisch von Geflüchteten aus der Grenzstadt geschildert, dass es zu ihrem Alltag gehöre, im Straßenverkehr durch Rassisten mit Autos genötigt und bedrängt zu werden. Aus der Gubener Stadtgesellschaft nehmen die Betroffenen hingegen kaum positive Signale wahr.

Potsdam

Mit **15** rechten Angriffen folgt die Landeshauptstadt Potsdam in der Rangliste der Landkreise und kreisfreien Städte direkt auf die Uckermark. Bereits das zweite Jahr in Folge zählt die Opferperspektive in Potsdam mehr rechte Taten als in Cottbus und den Landkreisen der Lausitz, die in den letzten Jahren als Schwerpunktregionen rechter Gewalt identifiziert wurden. Anders als andere Brandenburger Städte hat Potsdam in den letzten fünf Jahren keinen drastischen Anstieg rechter Angriffe erlebt. Stattdessen bewegt sich die Zahl rechter Angriffe dort seit 2006 auf einem leicht schwankenden, aber stabilen Niveau. Dies führt allerdings mittlerweile dazu, dass die bevölkerungsreichste Stadt des Landes nun auch die mit der höchsten Zahl rechter Angriffe ist. Die Vermutung liegt nahe, dass das Ausbleiben eines massiven Anstiegs rechter Gewalt in Potsdam 2015-2016 auf den breiten Widerstand in der Stadt gegen rassistische Mobilisierungen durch Gruppen wie z.B. POGIDA zurückzuführen ist. So sehr dies ein Erfolg wäre, den sich Antifaschist:innen, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung zu Gute halten könnten, so wichtig ist es auch, anzuerkennen, dass es dennoch seit Jahrzehnten in Potsdam rechte und vor allem rassistische Gewalt gibt.

Konkret sticht in Potsdam die hohe Zahl rassistisch motivierter Angriffe im Wohnumfeld hervor. **9** Angriffe ereigneten sich in unmittelbarer Umgebung des Wohnortes der Betroffenen.

Im Stadtteil Schlaatz bedrohte ein Nachbar im September eine Schwarze Frau an ihrer Wohnungstür mit einem Hammer. Später beschädigte er vermutlich mit demselben Hammer die Tür so stark, dass sich diese nicht mehr schließen ließ. Die Frau musste sich damit behelfen, Möbel vor die Tür zu schieben, damit die Wohnung über Nacht nicht offen stand.

Die Auswirkungen derartiger Angriffe auf die Betroffenen sind immens. Teilweise sehen sich Betroffene gezwungen, den Wohnort zu wechseln, was bei der angespannten Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt kaum möglich ist. Leider wird die Problematik rechter und rassistischer Gewalt in der Nachbarschaft durch zuständige Sachbearbeiter:innen der Wohnungsbaugesellschaften zum Teil als „interkultureller Konflikt“ abgetan und entpolitisiert.

In Potsdam ereigneten sich **3** der 4 im Jahr 2020 gezählten antisemitischen Angriffe. Dort, wo jüdisches Leben in Brandenburg am sichtbarsten ist, wo sich mehrere Gemeinden organisieren und ihren Platz in der Brandenburger Gesellschaft beanspruchen, gibt es auch die meisten antisemitischen Angriffe. Inwiefern die Angriffe Ausdruck eines mit Verschwörungserzählungen zur COVID19-Pandemie verknüpften, aggressiver werdenden Antisemitismus sind, ist für die Opferperspektive schwer zu bewerten. Hier ist eine aufmerksame Beobachtung der Entwicklung nötig.

Im August letzten Jahres wurde ein antisemitischer Angriff auf ein Mitglied der Gesetzestreuen Jüdischen Gemeinde während der Vorbereitungen zum Sukkot-Fest durch die Polizei als Körperverletzung ohne jeden politischen Hintergrund behandelt. Die Gemeinde sah sich Anfang 2021 genötigt, durch den Gang an die Öffentlichkeit für angemessene Ermittlungen und eine entsprechende Erfassung der Tat zu sorgen.

Rückgang der Zahlen

Nach einem sehr schnellen Anstieg rechter, vor allem rassistischer Gewalttaten im Jahr 2015, der 2016 mit 221 registrierten Fällen in einem „rassistischen Ausnahmezustand“ kulminierte, lässt sich weiterhin ein Rückgangs der Zahlen feststellen. Somit hätte die Bedrohung durch rechte Gewalt zum aktuellen Zeitpunkt ein mit dem Beginn der 2000er Jahre vergleichbares Niveau er-

reicht. Es ist denkbar, dass die Zahl der registrierten Angriffe 2020 durch Auswirkungen der COVID19-Pandemie beeinflusst wurde. So haben möglicherweise die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu weniger Angriffen geführt. Ebenso können die Kontaktbeschränkungen zur Folge gehabt haben, dass die Opferperspektive von weniger Fällen erfahren hat. Nichtsdestotrotz geht die Opferperspektive davon aus, dass die 2020 erneut gesunkene Zahl rechter Angriffe Ausdruck eines längerfristigen Trends des Rückganges der Angriffszahlen seit 2016 ist. Eine Ursache dafür kann das Nachlassen der rassistischen Mobilisierung auf der Straße, z.B. gegen die Unterbringung von Menschen mit Fluchtbiographie, sein. Auch der Umstand, dass sich ein Teil der Migrant:innen in Brandenburger Kommunen als geduldeter Teil der lokalen Gesellschaft etablieren konnte, könnte dazu beigetragen haben.

Aus dem Rückgang rechter, vor allem rassistischer Gewalttaten lässt sich jedoch nicht ableiten, dass Rassismus in Brandenburg kein signifikantes Problem mehr darstellt. Es gibt sowohl Kooperationspartner:innen der Opferperspektive als auch Betroffene, die das eigene Erleben eines von Rassismus geprägten Alltags nicht mit dem durch die Opferperspektive vermeldeten Rückgang von rechten Gewalttaten in Einklang bringen können. Zu solchen Erfahrungen steht die Statistik nicht im Widerspruch. Ein Gesamtbild ergibt sich erst in der Zusammenschau mit den Berichten der vom alltäglichen Rassismus Betroffenen und der in diesem Feld aktiven Kooperationspartner:innen, wie z.B. Migrationsberatungsstellen oder Sozialarbeiter:innen.

Dieser Rückgang der Angriffszahlen muss vor dem Hintergrund der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte betrachtet werden. In der Gewaltwelle der letzten Jahre wurden Aggressionspotentiale abgerufen, die zum Teil bis in die 1990er Jahre zurückverfolgt werden können. So wurden 2020 in mindestens drei durch ihre Brutalität herausragenden Fällen rassistische Angriffe verübt, bei denen aus den 1990er und frühen 2000er Jahren bekannte rechte Täter gemeinsam mit ihren Söhnen handelten. Die Gewaltbereitschaft und der Rassismus der „Baseballschlägerjahre“ wird in bestimmten Milieus offensichtlich tradiert. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Prägung, die viele Täter:innen durch die Gewaltausübung in den letzten fünf Jahren erfahren haben, ebenfalls in Zukunft nachwirken wird.

Diese Gefahr verstärkt sich durch die mangelhafte und in Südbrandenburg nicht vorhandene juristische Aufarbeitung rechter Gewalttaten. Rechte Gewalttäter:innen haben die Erfahrung gemacht, dass sie für ihre Taten keine Konsequenzen zu fürchten haben. Im Gerichtsbezirk Cottbus gilt weitestgehend Straffreiheit für extrem rechte Täter:innen, selbst wenn sie Teil der mafiösen

Neonazi-Strukturen sind, über die seit Jahren bundesweit öffentlich berichtet und gegen die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird.

> *In den Verfahren gegen zwei rechte Kampfsportler aus Spremberg wegen rassistischer Übergriffe zum Jahreswechsel 2016/2017, eines wegen versuchter Tötung und eines wegen gefährlicher Körperverletzung, hat immer noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden. Der Angriff auf Geflüchtete in der Silvesternacht 2018 in Cottbus-Sachsendorf ist ebenfalls noch nicht verhandelt worden, obwohl Videoaufnahmen von Tat und Tätern existieren. Auch die Ermittlungen gegen den Corona-Leugner und extrem rechten Verschwörungsideologen Attila Hildmann mussten sang- und klanglos von der Cottbuser Staatsanwaltschaft nach Berlin abgegeben werden.*

Die Unfähigkeit, rassistischer Gewalt auf juristischer Ebene zu begegnen, sendet auch ein deutliches Signal an die Betroffenen dieser Taten: Der Staat schützt uns nicht. So steht zu befürchten, dass der Rückgang der registrierten Angriffe zumindest im Raum Cottbus nicht ausschließlich auf ein Nachlassen der Gewalt zurückzuführen ist, sondern auch darauf, dass desillusionierte Betroffene rechter und rassistischer Gewalt mittlerweile von Anzeigen absehen.

Auf Seiten der Betroffenen wird die Gewalt der letzten Jahre auch noch lange nachwirken. Der Tod von Noël Martin, der vergangenes Jahr, 24 Jahre nach einem rassistischen Angriff in Mahlow an dessen Spätfolgen verstarb, erinnert daran, dass die physischen und psychischen Folgen der Gewalt das Leben Betroffener über Jahrzehnte bestimmen können. Die Erfahrung der Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt der letzten Jahre wird weiter ihr Leben prägen.

Forderungen

Die Opferperspektive erwartet auch von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen weiterhin eine unmissverständliche Abgrenzung gegenüber der radikalen Rechten und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD. Auch in der Zeit der kommenden Bundestagswahl. Vor allem die versuchte Bedrohung und Einschüchterung antifaschistischer zivilgesellschaftlicher Projekte durch die AfD muss zurückgewiesen werden.

Aufgrund der COVID19-Pandemie halten sich viele Menschen vermehrt in ihren Wohnungen auf. Rechte, vor allem rassistische Gewalt im Wohnumfeld hat unter den Bedingungen fehlender anderer Rückzugsräume massive Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen. Die Opfer-

perspektive fordert ausdrücklich, dass Wohnungsunternehmen hier Verantwortung für den Schutz ihrer Mieter:innen übernehmen. Das bedeutet, dass in der Regel die gewalttätigen Angreifer das Wohnumfeld zu verlassen haben und nicht die Angegriffenen. Wenn diese es allerdings wünschen, sollte ihnen der unkomplizierte Umzug in andere Wohnungen ermöglicht werden.

In Zusammenhang mit der Bewegung gegen Coronaschutzmaßnahmen kommt es auch in Brandenburg zu Angriffen auf Andersdenkende. Im digitalen Raum wie auf der Straße sehen sich Menschen Beleidigungen, Drohungen und Gewalt durch Coronaleugner:innen ausgesetzt. Die Bewegung gegen die Schutzmaßnahmen, insbesondere gegen das Tragen des Mund-Nasen-Schutzes, ist geprägt durch offenen Antisemitismus und andere Verschwörungserzählungen. Sie ist eine rechte Bewegung. Aus diesem Grund fordert die Opferperspektive, dass die Ermittlungsbehörden Straf- und Gewalttaten im Kontext dieser Bewegung als „PMK – politisch motivierte Kriminalität rechts“ registrieren und die bisherige Praxis, diese als „PMK sonstige“ aufzunehmen, beenden müssen.

Die fehlende Rechtsdurchsetzung gegen rechte Gewalttäter:innen im Süden des Landes bleibt ein ernstzunehmendes Problem. Die Landesregierung ist hier dringend aufgefordert, der mangelnden Strafverfolgung ein Ende zu setzen und dafür zu Sorgen, dass Strafverfolgungsbehörden und Justiz ihren Aufgaben nachkommen.[2]

Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten

Zur Arbeit der Opferperspektive gehört auch die Auseinandersetzung mit polizeilichem Fehlverhalten. In der Regel geht es dabei um Fehlverhalten und Versäumnisse von Beamt:innen im Umgang mit Betroffenen rechter Gewalttaten. Diese reichen von der verweigerten Anzeigenaufnahme bis zur Behandlung der Angegriffenen als Straftäter:innen. Es werden jedoch auch rassistisch oder sozialdarwinistisch motivierte Gewalttaten durch Polizist:innen selbst registriert. Generell nimmt die Opferperspektive seit 2018 eine zunehmende Anzahl von Beschwerden über die Polizei wahr. Die meisten Menschen, die sich über die Polizei beschweren, sehen sich durch polizeiliche Maßnahmen rassistisch diskriminiert. Die polizeilichen Handlungen, über die Beschwerden vorgebracht werden, reichen von respektlosem Verhalten über verspätete und unzureichenden Ermittlungen, wie etwa im Fall der in Hohenleipisch getöteten Rita Ojungé, bis hin zu ungerechtfertigter massiver Gewaltanwendung. Im Bereich

2 Siehe auch Positionspapier vom 28.1.2021 „Rechte Gewalt und fehlende Strafverfolgung im Gerichtsbezirk Cottbus“ auf www.opferperspektive.de/aktuelles

der Gewaltanwendung bewegen sich die Beschwerden pro Jahr derzeit im niedrigen zweistelligen Bereich. Die Zunahme der Beschwerden, mit denen sich Betroffenen an die Opferperspektive wenden, ist nach Ansicht der Beratungsstelle darauf zurückzuführen, dass sich durch die antirassistischen Bewegungen der letzten Jahre mehr Menschen ermutigt fühlen, erlebtes Unrecht öffentlich zu machen. Grundsätzlich muss auf Basis der Berichte der Betroffenen davon ausgegangen werden, dass struktureller und individueller Rassismus auch in der Brandenburger Polizei ein ernstzunehmendes Problem ist.

Für Menschen, die von polizeilichem Fehlverhalten betroffen sind, fehlen in Brandenburg bisher wirksame Beschwerdestrukturen. Aus diesem Grund spricht sich die Opferperspektive entschieden für die Einrichtung einer Beschwerde- und Aufsichtsstruktur für die Polizei aus. Diese muss unabhängig vom Innenministerium arbeiten, über effektive eigene Ermittlungs-, Akteneinsichts- und Betretungsbefugnisse verfügen, ausreichend ausgestattet und mit menschenrechtlich qualifiziertem Personal besetzt sein. Das Personal muss demnach sowohl hinsichtlich der polizeilichen Praxis als auch den Erscheinungsformen von Diskriminierung und rechtswidriger Gewaltanwendung kompetent sein. Die Beschwerdestelle sollte die Möglichkeit haben, die Betroffenen ungerechtfertigter polizeilicher Gewaltanwendung beim Erlangen ökonomischer Kompensationen und beim Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Hilfe zu unterstützen.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Zahlen rechter Gewalt 2020 in Brandenburg, Opferperspektive - Beratung für Betroffene rechter Gewalt

Impressum:

Opferperspektive –

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam

+49 (0)331 8170000 | info@opferperspektive.de | www.opferperspektive.de

Grafiken: Peer Neumann